Nr. 121 XXVIII. Jahrgang — Dienstag, 11. Mai 1920

# Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13528, 13638, 13897, 17169. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise
Grundzeile, 32 mm breit, M. 1.80, für das Ausland M. 10.—. Reklamezeile, 82 mm breit, M. 5.—, mit Platzvorschrift M. 6.—, für das Ausland M. 20.—. Bei Listen- oder Kunstsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Kriegsgebühr für Buchstabenanzeigen 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise
Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 4.25, vierteljährlich M. 12.75. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 3.75, vierteljährlich M. 11.25, ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.60, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

## Polen und Rußland

**Von unserm ld.-Mitarbeiter**

Wien, 8. Mai

Der Krieg zwischen Polen und Rußland ist in vollem Gange, und wenn man den polnischen Kriegsberichten glauben darf — man ist in dieser Ansicht, gewitzigt durch unheilvolle Erfahrungen, ziemlich mißtrauisch geworden — so bringt die polnische Armee sehr siegreich vor, macht eine große Anzahl Gefangener und erbeutet viel Geschütze und Munition. Es ist bezeichnend für den Wandel der allgemeinen Anschauungen, daß die Polen trotz ihrer Erfolge auf dem Schlachtfelde es für notwendig halten, die Kriegsoffensive, mit der sie die Friedensoffensive Tschitscherins beantwortet haben, vor der großen Oeffentlichkeit zu rechtfertigen. Sie sind offenbar der Ansicht, daß, wenn das Massenmorden nach dem Weltkriege wieder angeht, dies gerechtfertigt werden, zumindest plausibel gemacht werden muß. Also kann man da und dort Darstellungen des polnischen Standpunktes lesen, die die Lage der Warschauer Regierung gegenüber dem Vorgehen Sowjetrußlands zu erklären bestimmt sind. Alle diese Kundgebungen stammen aus offizieller Warschauer Quelle und sind dementsprechend gefärbt. Noch verhältnismäßig objektiv schildert eine Zuschrift an die in Wien erscheinenden „Polnischen Stimmen" die Gründe, warum die Friedensbedingungen Rußlands von der gesamten polnischen Presse abgelehnt wurden.

Es wird vor allem die an Rußland aufgestellte Forderung bemängelt, die Polen mögen noch vor der endgültigen Entscheidung über die staatliche Zugehörigkeit der von ihnen besetzten Gebiete Litauens, Weißrußlands und der Ukraine ihre Truppen aus diesen Gebieten zurückziehen. Das hätte den absoluten Verzicht Polens auf seine ganze bisherige Randstaatenpolitik bedeutet und die Preisgabe der Bevölkerung jener Gebiete an bolschewistische Bauernbanden, die nur darauf warten, jene anarchischen Verhältnisse wieder herbeizuführen, die seinerzeit die Besetzung dieser Gebiete durch Polen veranlaßt haben. Für völlig undiskutabel werden ferner die Vorbehalte Rußlands betreffend den uneingeschränkten Verkehr mit Deutschland über polnisches Gebiet erklärt, denn die Annahme dieser Bedingung hätte die Einkreisung der polnischen Republik durch einen bolschewistisch-spartakistischen Ring zur Folge gehabt; und es wären nicht nur die eigenen Grenzen Polens, sondern auch der Weg nach dem Westen dem Bolschewismus geöffnet worden.

In Polen ging man von der Ansicht aus, daß die Moskauer Herren durch die Friedensoffensive die Warschauer Regierung nur hinhalten wollten, um inzwischen mit den einzelnen Randstaaten Frieden zu schließen und dann den Polen die Friedensbedingungen zu diktieren. Dem wollte man durch die Kriegsoffensive, die, wenn auch von der Entente nicht direkt unterstützt, so doch offensichtlich mit Wohlwollen betrachtet wird, zuvorkommen. Bis zur Stunde waren die polnischen Waffen siegreich, und der Draht wußte sogar von der Einnahme Kiews durch polnische Truppen zu berichten, was jedoch noch nicht offiziell bestätigt ist. Nun heißt es sogar, daß Rumänien von Süden her der polnischen Offensive gegen Rußland die Hand zu reichen sich anschickt, um auch seinerseits an den Erfolgen gegen Sowjetrußland teilzunehmen. Bekanntlich wird dieses schon seit mehr als einem Jahre totgesagt, ohne sterben zu wollen, ja es schien, daß es in den letzten Monaten sogar durch kriegerische Erfolge und durch teilweise Abkehr vom Radikalismus an innerer Festigung gewonnen habe. Man wird also auch jetzt abwarten müssen, ob das siegreiche Vordringen der Polen von Dauer sein wird oder ob es sich dabei nur um eine erfolgreiche Episode handelt, wie man sie ja während des Weltkrieges auch bei den schließlich unterlegenen Staaten so oft wahrnehmen konnte.

*

### Kommunistische Kundgebungen in Berlin

In Berlin haben am Sonntag verschiedene Kundgebungen stattgefunden. Der Versuch einer kommunistischen Kundgebung im Lustgarten mit einem Umzug Unter den Linden bis zum Königsplatz und einer Massenversammlung von Betriebsräten im Zirkus Busch, in der als Vertreter der russischen Sowjetrepublik Schlepnikow sprach, während Däumig in einer Entschließung der Versammlung die Sympathie des deutschen Proletariats für die Sowjetrepublik aussprach, verliefen ohne Störung. Däumig sprach ferner für Sozialisierung und Rätesystem und zum Schluß Richard Müller für die Einheit des Proletariats und Zusammenschluß der Betriebsräte zum Eintritt in den politischen Kampf.

*

### Auch keine moralische Unterstützung?

In Erwiderung auf eine Anfrage sagte Bonar Law im englischen Unterhause, soweit die englische Regierung in Betracht komme, sei den Polen bei ihrem Angriffe auf Rußland keine moralische oder materielle Unterstützung gewährt worden.

*

### Englisch-russische Verhandlungen

Laut „Westminster-Gazette" versichert ein drahtloser Bericht, daß ein englisch-russischer Friedensvertrag bevorstehe. Lord Curzon habe Tschitscherin den Vorschlag gemacht, direkte Verhandlungen mit General Wrangel zu beginnen. Curzon schlage vor, daß englische Offiziere an diesen Verhandlungen teilnehmen sollen. Wenn England eine Sicherheit gegen fernere Angriffe erhalte, so sei eine wesentliche Bedingung erfüllt. Die Verhandlungen könnten in freundschaftlicher Weise fortgesetzt werden.

## Um Schlesiens Zukunft

**Generalstreik der Polen**

⊕ Königshütte, 10. Mai. (Eig. Drahtbericht.) In Oberschlesien hat heute früh der polnische Generalstreik begonnen. Die interalliierte Kommission hatte gestern noch in Aufrufen vor der Teilnahme am Generalstreik gewarnt. Dennoch ist der Generalstreik allgemein. Vor den Gruben des oberschlesischen Reviers stehen heute früh italienische Besatzungsmannschaften mit Maschinengewehren. Der Streik gilt als Protest gegen die Sicherheitswehr und soll sich nur auf 48 Stunden ausdehnen. Doch wird befürchtet, daß er von den Polen weitergeführt wird, zur Durchführung ihrer besonderen nationalistischen Wünsche.

*

* Berlin, 10. Mai. Wie die „D. A. Z." aus Breslau meldet, ist seit der Ententebesetzung die Agitation für einen Freistaat Oberschlesien sehr erstarkt. Diese Idee steht aber im Widerspruch zum Friedensvertrag. — Es sind eine Reihe polnische Autonomistenvereine entstanden, die von den großpolnischen Zeitungen auf das Erbittertste bekämpft werden. Ob ein Freistaat Oberschlesien existenzfähig wäre, ist eine große Frage. Seine Neutralisierung und Neutralität ist mehr als zweifelhaft. Unser Land würde als Freistaat wie eine Nußschale zwischen drei Meeren strudeln, nämlich zwischen Deutschland, Polen und Tschechien und die Unruhen im Innern würden nicht abreißen. Ein Land wie Oberschlesien, mit einer lebhaften politisch wenig reifen Bevölkerung, würde von außen bearbeitet und von innen zerwühlt werden. Nur Anschluß an Deutschland kann Oberschlesiens Zukunft verbürgen.

* Zürich, 10. Mai. Wie die „Information" meldet, unterhandelt eine französisch-belgische Gruppe mit dem Fürsten Donnersmarck wegen Verkaufs der in seinem Besitz befindlichen schlesischen Zinkhütten. Das Unternehmen soll sofort nach der Abstimmung in Oberschlesien in eine französische oder polnische Gesellschaft umgewandelt werden.

### Reichsminister Dr. Köster über die Schleswig-Frage

Einem Vertreter der „Deutsch. Allg. Ztg." erklärte der Reichsminister Dr. Köster: Eine amtliche Bestätigung der aus Paris kommenden Nachricht, daß der norwegische und der französische Delegierte bei der internationalen Schleswig-Kommission den Uebergang von vier Kirchspielen südlich der Clausenlinie an Dänemark vorgeschlagen hätten, liege nicht vor. Da sie aber zum zweitenmal in der Presse erscheine, sei mit der Möglichkeit eines solchen Vorschlages zu rechnen. Der Standpunkt der deutschen Regierung zur Frage der Grenzziehung ergebe sich aus der Forderung der Tiedjelinie. Zu der angeblich schwierigen Lage, in der sich die dänischen Bewohner der zweiten Zone befänden, sei zu bemerken, daß diese Bedenken sofort wegfallen würden, wenn die Dänen mit Deutschland einen Vertrag über Minderheitsschutz schlößen. Ein sehr weitgehender Vertragsentwurf liege schon im Auswärtigen Amte vor. Deutschland habe alle Ausnahmegesetze gegen die Dänen aufgehoben und sei bereit, ihnen Schulen mit eigener Sprache einzurichten. Von nennenswerten Plackereien gegen die Dänen während und nach der Abstimmung sei nichts bekannt. Die Erregung der Deutschen habe sich auch viel weniger gegen die wirklichen Dänen gerichtet, als gegen diejenigen, die aus niedrigen, meist wirtschaftlichen Beweggründen ihr Vaterland in der Stunde der Gefahr verraten hätten. Aber auch diese Erregung sei heute verschwunden.

*

**Gegen das Ergebnis der Volksabstimmung**

Eine Kopenhagener Drahtmeldung der „Deutschen Allg. Ztg." gibt eine Unterredung des dänischen Staatsministers Neergaard mit einem Vertreter von „Dagens Nyheder" in Stockholm wieder, in der er erklärte, die für die Dänen „unter so ungünstigen Umständen unter starkem Wahldrucke und unverständlichen Wahlbestimmungen" (?) abgehaltene Volksabstimmung in Schleswig könne nicht als endgültig gelten.

*

**Der Beschluß des Obersten Rates**

* Kopenhagen, 10. Mai. Aus Paris wird gemeldet: Im Ministerium des Aeußern erklärte man, daß der endgültige Beschluß des Obersten Rates in der Schleswigschen Frage von dem Ergebnis der Abstimmung in den beiden Zonen nicht wesentlich abweichen wird. Die Ansicht der neuen dänischen Regierung wird gehört werden, aber die wirkliche Entscheidung sei bereits mit der Abstimmung gefallen.

### Vorbereitungen zu Spa

* Zürich, 10. Mai. Aus London wird der „Neuen Zürcher Zeitung" gemeldet: Da Lloyd George noch eine Woche in Folkestone, wo er zur Kur weilt, bleiben wird, werden sich die beiden Ministerpräsidenten (Millerand und Lloyd George) dort treffen. Sie werden sich dann nach London begeben, um über die zahlreichen Punkte, auf die Deutschland in Spa zu antworten haben wird, sich zu einigen. Die Vorbesprechungen werden sich beziehen auf

1. die Durchführung der Finanzklauseln des Friedensvertrages,
2. die Entwaffnung und Wiedergutmachung,
3. die Besatzungskosten der in Deutschland stehenden alliierten Armeen.

Den Hauptverhandlungsgegenstand bildet die von Deutschland zu entrichtende Entschädigungssumme. Gerade in diesem Punkte aber scheint die Auffassung der französischen und englischen Staatsmänner nicht übereinzustimmen. Während Frankreich sich strikt an den Buchstaben des Vertrages hält und der Meinung ist, daß es heute unmöglich sei, eine ganz bestimmte Ziffer festzulegen, ist England der Ansicht, daß man sich auf Raten einigt und Entgegenkommen zeigt. Deutschland müßte in die Möglichkeit versetzt werden, seine Schuld in gleichen Raten zahlen zu können, und zwar in Jahresraten. Auf diese Weise wüßte Deutschland genau, wie viel es jährlich zu zahlen hat und die Alliierten ihrerseits könnten diese Summe als sicheren Posten in ihren Budgets mitführen.

⊕ Genf, 10. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Havas meldet: Der Alliierte Rat hat den deutschen Einspruch gegen die Fortdauer der Besetzung Frankfurts und des Maingaues bis zu der Besprechung mit den Deutschen in Spa zurückgestellt.

*

**Keine Teilnahme an den Beratungen?**

⊕ Genf, 10. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Havas meldet: Die Tagesordnung für die Konferenz in Spa ist nach Millerands Antrag von den Regierungen der Alliierten angenommen worden. Danach nehmen die deutschen Delegierten in keinem Falle an den eigentlichen Beratungen und Beschlüssen der Alliierten Staatsmänner über die deutsche Frage teil.

*

**Man drängt nach Frankreich?**

⊕ Genf, 10. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Der „Temps" meldet, daß seit Wiederzulassung des Reiseverkehrs zwischen Frankreich und Deutschland 48000 Deutsche die Einreise nach Frankreich nachgesucht haben, daß aber nur 8000 Anträge genehmigt werden konnten.

*

**Die Zustimmung zum Abkommen mit Holland**

⊕ Basel, 10. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Der „Anzeiger" meldet aus Paris: Der alliierte Wirtschaftsrat hat dem deutschen Kreditabkommen mit Holland seine Genehmigung erteilt.

*

**Keine Rückgabe von Schiffen**

⊕ Basel, 10. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Die „Nationalzeitung" meldet aus Paris: Der alliierte Wirtschaftsrat hat sich gegen eine Rückgabe des beschlagnahmten deutschen Schiffsraumes an Deutschland ausgesprochen.

*

**Das deutsch-französische Schiedsgericht**

× Paris, 9. Mai. (Havas.) Das im Friedensvertrage von Versailles vorgesehene deutsch-französische Schiedsgericht für private Streitigkeiten zwischen Deutschen und Franzosen ist endgültig gebildet worden.

*

**Keine Erze aus Frankreich**

* Paris, 10. Mai. Angeblich weil die Kohlenlieferungen unregelmäßig ausgeführt werden, gibt der französische Minister für öffentliche Arbeiten bekannt, daß die Deutschland nach dem Luxemburger Protokoll und den im Mai 1919 getroffenen Abmachungen geschuldeten Erzlieferungen eingestellt werden.

⊕ Genf, 10. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Der „Matin" meldet: Zwischen den Alliierten sind Verhandlungen aufgenommen worden, welche neue Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland zu ergreifen sind.

*

**Neue Schwarze zur Besatzung**

⊕ Basel, 10. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Nach Meldungen der Blätter aus Straßburg sind am Dienstag 12000 Mann neue schwarze Truppen über Straßburg in die Rheinpfalz abgegangen. Der „Straßburger Neuen Zeitung" zufolge, werden von den bisherigen Besatzungstruppen der Rheinpfalz Teile nach Frankfurt a. M., in den Maingau und nach Oberschlesien verlegt.

### Ausdehnung der Streikbewegung in Frankreich

ITA. Köln, 10. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Die „Köln. Ztg." meldet aus Paris: Der Verwaltungsrat des allgemeinen Arbeiterverbandes hat seine Drohung wahrgemacht und den Beschluß gefaßt, daß von Montag an in den Ausstand einzutreten haben die Bauarbeiter, die Metallarbeiter und die Transportarbeiter. Das bedeutet die Lahmlegung des gesamten Verkehrs. Nach dem „Journal" soll für Dienstag oder Mittwoch auch der Streik der Gas- und Elektrizitätsarbeiter geplant sein. Im Laufe des heutigen Tages muß sich zeigen, wie die Ausdehnung des Ausstandes wirken wird.

### Der Bankbeamtenstreik in Köln

ITA. Köln, 10. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Die „Köln. Ztg." meldet aus Dortmund: Der Bankbeamtenstreik wird hier mit großer Schärfe durchgeführt. Vor jedem Bankhaus stehen Streikposten und an der Wohnung von arbeitswilligen Bankbeamten sind Plakate angebracht mit der Aufschrift „Hier wohnt ein Streikbrecher". An den Bankhäusern, in denen gearbeitet wird, wurden ebenfalls Plakate angebracht mit der Aufschrift „Hier arbeiten Streikbrecher" unter Nennung der Namen.

### Einberufung der Sozialisierungskommission

\+ Berlin, 10. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Wie wir entgegen anderslautenden Meldungen erfahren, steht ein Erlaß des Reichspräsidenten über die Einberufung der Sozialisierungskommission noch vor den Neuwahlen bevor. Die Vorarbeiten sind so weit gediehen, daß die Kommission sofort mit ihren Arbeiten beginnen kann.

### Rückkehr aus Sibirien

Die von der Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene in Reval und Helsingfors geführten Verhandlungen über den Durchtransport der deutschen und russischen Gefangenen durch Estland und Finnland sind mit günstigem Ergebnis abgeschlossen. Die estnische und finnische Regierung haben in entgegenkommendster Weise die grundsätzliche Genehmigung für den Durchtransport erteilt. Der Gefangenenaustausch über Estland wird an der estnisch-russischen Grenze in Narva und der über Finnland an der russisch-finnischen Grenze in Beloostrow erfolgen. Der Austausch in Narva beginnt am 11. Mai, wo der erste Transport mit 500 deutschen Heimkehrern aus Rußland eintrifft. Weitere Transporte folgen laufend in Abständen von zwei bis drei Tagen. Der erste Transport mit 500 Russen hat bereits am 6. Mai Stettin verlassen. Die deutsche Regierung wird gleichzeitig die in Rußland befindlichen Gefangenen der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie mit übernehmen und hat deren Weitertransport sichergestellt. Das Internationale Rote Kreuz hat an den Verhandlungen teilgenommen und deren Abschluß gefördert. Es ist mit der Leitung des Durchgangslagers in Narva beauftragt.

## Der Mann des allgemeinen Volksvertrauens

Keine Zeit noch hat den schöpferischen Gedanken, die Neues schaffende Tat notwendiger gehabt als unsre Lage. Das Alte ist zusammengebrochen und das Neue, das an seine Stelle trat, scheint ohnmächtig zu sein, alles das zu ersetzen, was durch sein Empordringen vernichtet wurde. Ja, es scheint, als fehle selbst noch vielfach der Wille zu dem mühsamen Neubau und auch zu dem nach jeder grundlegenden Umwälzung notwendig gewordenen Geständnis, daß mit all den Einrichtungen der überwundenen Periode, die beseitigt wurden, im ersten Sturm auch manches fiel, was nicht ersetzt werden kann und darum wieder eingeführt werden muß. Ohne den Mut zu dem Bekenntnis, daß auch das Heute nur aufgebaut werden kann auf den guten Ueberlieferungen des Gestern, daß eine vollkommene Neuschöpfung, die mit allen Gebräuchen und Einrichtungen der Vergangenheit prinzipiell und ohne Ausnahme bricht, unmöglich ist, ohne den Mut zu diesem Eingeständnis ist ein gesunder Wiederaufbau der zusammengebrochenen deutschen Wirtschaft nicht denkbar. Doch diese Tat würde gerade für die Führer im politischen Leben, die heute unsre Politik am meisten bestimmen, für die Sozialdemokraten, einen Rückzug bedeuten, zu dem sich keiner bereit findet. Wohl mag bei vielen von ihnen die Erkenntnis vorhanden sein, daß der Bruch mit der Vergangenheit nicht so radikal vollzogen werden kann, wie man einst in Aussicht stellte, solange man nicht die Verantwortung für die Staatsmaschine trug. Aber diese Erkenntnis wird nicht in die Tat umgesetzt, wird nicht laut verkündet, weil jedem einzelnen der Führer der Glaube an sich und vor allem das Vertrauen der Masse fehlt. Jeder fühlt instinktiv, daß, wenn er mit einer solchen Wahrheit vor die Oeffentlichkeit tritt, seine Rolle als Politiker ausgespielt ist.

Dieser Vorwurf gilt für die Sozialdemokratie vornehmlich, aber für sie nicht allein. In gewissem, manchmal gerade umgekehrtem Verhältnis trifft er auf jede Partei augenblicklich zu. In keiner, in den Koalitionsparteien nicht und nicht in den extremen Parteien, die es naturgemäß viel leichter hierin haben, besitzt einer der Führer das unbedingte Vertrauen der Parteimitglieder, geschweige denn der ganzen Wählerschar. Man achtet den einzelnen als Vertreter einer Richtung in der Partei, aber darüber hinaus geht das Vertrauen nicht. Keiner unserer Parteivertreter kann sich rühmen, daß ihm die Parteianhänger blindlings folgen, daß man ihm auch einen Verstoß gegen die Parteidoktrin verzeihen würde. — Uns fehlt nicht so sehr ein Genie, das die immer wieder vermißten neuen, rettenden Ideen aus dem Aermel schüttelt, als vielmehr ein solcher Mann des allgemeinen Volksvertrauens, der unbeschadet um sein Ansehen offen sagen kann, was von aller Parteidoktrin durch die Entwicklung der Zeit überholt worden ist, und was von der alten Einrichtung schlecht nur war, weil es unter andern Verhältnissen mißbraucht worden ist. Der Mann könnte der Retter aus aller Not, der Wegbereiter einer besseren Zukunft, vielleicht auch der kommende Präsident sein. Aber wo ihn finden?

Auch der, von dem hier gesprochen werden soll, — Hindenburg — ist nicht die gesuchte Persönlichkeit. Das sei gleich von vornherein ausdrücklich festgestellt. Er hat nur zu dem Gedankengang angeregt, weil in dem speziellen Fall der Kriegführung sein Beispiel zeigt, wie gewaltig ein vom Vertrauen der Allgemeinheit Getragener auch unter schwierigsten Verhältnissen Gutes wirken kann, ja, wie er allein freie Hand hat, mit den ältesten Ueberlieferungen des Standes oder der Klasse, als deren typischer Vertreter er angesehen werden kann, zu brechen, sobald es ihm notwendig erscheint. Im alten preußisch-deutschen Heer galt als heilige Tradition, daß kein Fuß breit Land dem Gegner kampflos überlassen werden dürfe. Das starre Festhalten an diesem Grundsatz hat im letzten Krieg im Westen im zähen Ringen um manches strategisch belanglose Fleckchen Erde ungeheuer viel Blut gekostet. Um jeden Quadratmeter zerwühlten Geländes hat man sich wochenlang gestritten, weil kein Offizier das Prestige auf sich nehmen wollte, einen Graben oder nur ein Stück davon an den Feind verloren zu haben. Da kam im Frühjahr 17 das Vorbild aller Offiziere, Hindenburg, und ordnete, ohne im geringsten an Ansehen irgendwo einzubüßen, die Räumung von vielen Quadratkilometern Landes in Frankreich an. Er, der allen andern als Muster galt, konnte es wagen, sich über alle Ueberlieferung hinwegzusetzen, um das Zweckmäßige und Richtige zu tun unter Abkehr vom starren Festhalten der kleinen Geister an der Doktrin. Er hat die neue Lage damals geschaffen nicht durch die Verwirklichung einer neuen Idee, sondern durch den Bruch mit einem alten, durch die Zeit überholten Grundsatz. Ein solches Vorgehen ist gleichzusetzen mit der schöpferischen Tat des Genies, kommt es doch in seiner Wirkung auf dasselbe hinaus.

Wer wird im politischen und wirtschaftlichen Leben uns auf ähnliche Weise den neuen Weg zeigen? Wer besitzt auf diesem Gebiet genügend Autorität und Vertrauen, um sich loszumachen von Parteidoktrin und einseitigen Klassenforderungen und wird nachher doch noch als Führer anerkannt? — Wir kennen ihn nicht, das aber wissen wir, der, der auf militärischem Gebiet diese geistige Unabhängigkeit besaß, besitzt sie nicht auf politischem Gebiet. Dafür zeugt deutlich sein kürzlich erschienenes Buch: Generalfeldmarschall v. Hindenburg: „Aus meinem Leben" (Verlag S. Hirzel, Leipzig). Mit dem Buch, das weit mehr als nur kriegsgeschichtliche Bedeutung hat, muß man sich beschäftigen, auch wenn man die leidige Kriegsliteratur noch so sehr haßt, zumal, da Hindenburgs Präsidentschaftskandidatur noch keineswegs erledigt ist. Die militärische Seite des Buches — naturgemäß der überragende Teil — können wir unberücksichtigt lassen. Hindenburgs Autorität auf diesem Gebiet ist unbestritten und die Darstellung aller militärischen Vorgänge, selbst die kompliziertester Art, ist in dem Buche so klar und einfach, daß sich leicht jeder Leser ein Bild darüber machen kann. Mehr zur kritischen Betrachtung fordern dagegen die eingestreuten politischen Bemerkungen heraus, die besonders im Ausland, das das Werk gewiß aufmerksam studiert, große Beachtung und wohl meist eine für uns recht ungünstige Deutung erfahren werden, eine ungünstige Deutung, die vom Verfasser zwar nicht gewollt, aber trotzdem leicht konstruiert werden kann, in einigen Fällen sogar konstruiert werden muß.

Große Probleme über die politischen Gedankengänge des Generalfeldmarschalls enthält das Buch nicht. Er gibt sich offen und ehrlich als das, was er

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200511/1